

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Erneuerbare-Energien-Gesetz muss in jetziger Form erhalten bleiben**

Im Widerspruch zur gerade erst in nationales Recht umgesetzten EU-Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energie versucht Energie-Kommissar Günther Oettinger, auf dem europäischen Energiegipfel im Februar den Auftrag zur Harmonisierung der Einspeisevergütungsregelungen in der EU zu erhalten. Eine solche Harmonisierung würde den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten massiv gefährden.

Das deutsche EEG bzw. die deutsche Einspeisevergütung setzt, anders als Zertifikatssysteme, verschiedene Einspeisetarife für bestimmte Energietechnologien wie z. B. erneuerbare Energien fest. Das dient dem zentralen Ziel der CO₂-Reduktion; auch durch den Aufbau einer leistungsfähigen Technologie und Industriestruktur, weit über die marktbeherrschenden großen vier Energiekonzerne hinaus.

Das System der Einspeisevergütungen hat die heimischen Unternehmen unterstützt und hierzulande Arbeitsplätze geschaffen. Deutschland hat mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auch technologisch eine Führungsposition bei der Ökostromerzeugung erreicht. Gerade Bremen und Bremerhaven sind Vorreiterstandorte für die Bereiche Windenergie.

Durch eine Harmonisierung der Förderung von erneuerbaren Energien in der ganzen EU würde der Vorrang für erneuerbare Energien beim Netzzugang gefährdet und die dezentrale Förderung behindert. Eine Harmonisierung des EEG zum jetzigen Zeitpunkt wäre für unseren Standort kontraproduktiv, da durch sie eine unangemessene Reduktion der Einspeisevergütung zu erwarten wäre. Dies wäre zwangsläufig mit Arbeitsplatzverlusten verbunden. Die Vorstellung Oettingers, „Sonnenergie nur noch in der Wüste, Windenergie nur noch am Atlantik“, ist abenteuerlich und für die ökologische Zukunft unserer Energieerzeugung gefährlich.

Das Europäische Parlament hat diese Pläne der Kommission in seiner Stellungnahme zur Mitteilung „Energie 2020“ eindeutig abgelehnt. Die Haltung der deutschen Regierung ist noch nicht eindeutig.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und Europebene dafür einzusetzen, dass die EU-Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien nicht angetastet wird und keine Harmonisierung auf EU-Ebene zulasten des EEG betrieben wird.

Dr. Maike Schaefer, Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt, Birgit Busch,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD